

9 Focus Paper **Arbeitsmarkt**

Entwicklung und Zukunft des ostdeutschen Arbeitsmarkts

Eric Thode & Roman Wink



© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

2024

Herausgeber

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256, 33311 Gütersloh

bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Eric Thode

Senior Advisor

Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft

eric.thode@bertelsmann-stiftung.de

Roman Wink

Senior Project Manager

Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft

roman.wink@bertelsmann-stiftung.de

Mitarbeit

Daniel Bensel, Bertelsmann Stiftung

Redaktion

Thomas Orthmann

Zitationshinweis

Thode, E., & Wink R., (2024). Entwicklung und Zukunft des ostdeutschen Arbeitsmarkts.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh

Layout und Datenvisualisierung

Paul Feldkamp

Bildnachweis

© Paul Feldkamp

DOI 10.11586/2024101

ID_2331

Entwicklung und Zukunft des ostdeutschen Arbeitsmarkts

Eric Thode & Roman Wink

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
2. Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland	6
3. Demografische Entwicklung und Erwerbsbeteiligung	8
Wanderungsgeschehen	8
Erwerbsbeteiligung von Älteren	10
4. Geschlechterunterschiede auf den Arbeitsmärkten in Ost und West	10
Geschlechterunterschiede in der Berufswahl	12
Frauenanteil nach Anforderungsniveau	12
5. Lohnniveau und Tarifbindung	12
Lohnlücke Ost/West	12
Entgelte oberhalb der Niedriglohnschwelle	13
6. Produktivitätsunterschiede zwischen Ost und West	14
Einfluss der Betriebsgröße	14
Weitere Erklärungsmöglichkeiten	15
7. Arbeitszeiten in Ost und West	15
8. Einkommensungleichheit und Armut	16
Ungleichheit und Umverteilung	16
Armutsgefährdung	17
Vertikale und horizontale Mobilität	17
9. Subjektive Wahrnehmung der Arbeitsmarktsituation	18
Schichtzugehörigkeit	18
Wirtschaftliche Lage und Lebensstandard	18
Fazit und Schlussfolgerungen	20
Regionen für große Unternehmen attraktiver machen	21
Ostdeutschland für Fachkräftemigration attraktiv machen	21
Vernetzung und Digitalisierung kleinerer Betriebe fördern	21
Mehr Bundeseinrichtungen ansiedeln	21
Arbeitskräfte qualifizieren und weiterbilden	22
Gute Bildungsinfrastrukturen vor Ort schaffen	22
Transformation mutig angehen	22
Zentrale Arbeitsmarktindikatoren im Vergleich	23
Literatur	24

1. Einleitung

Auch 35 Jahre nach dem Mauerfall ist im Verhältnis zwischen Ost und West viel von Teilung die Rede. Die Alterung der Bevölkerung in Ostdeutschland schreitet schneller voran als im Westen. Die Infrastruktur in den ehemals neuen Ländern weist weiterhin mehr weiße Flecken auf – sei es bei der Versorgung mit schnellem Internet oder mit Gesundheitsdiensten. Der Soziologe Steffen Mau zählt weitere Bereiche auf, in denen sich die Unterschiede hartnäckig halten und spricht von einer „Phantomgrenze“ (Mau, 2024). Die Journalistin Jessy Wellmer diagnostiziert gar eine „neue Entfremdung“ (Wellmer, 2024). Der Ausgang der Europawahl mit der gespaltenen Verteilung der Sieger in den Wahlkreisen genau entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze scheint dafür der jüngste Beleg zu sein. Vieles deutet auf eine Verfestigung der Unterschiede hin.

Doch wie sieht die Lage auf den Arbeitsmärkten in Ost und West aus? Immerhin ist Erwerbstätigkeit die Haupteinkommensquelle für die meisten Menschen. Einen Arbeitsplatz zu haben und dessen Ausgestaltung haben großen Einfluss auf das Selbstwertgefühl, die Einschätzung der Lebensqualität und nicht zuletzt auf das Zugehörigkeitsgefühl und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland hat seit der Wiedervereinigung eine bemerkenswerte Transformation durchlaufen. Der Umbruch von der sozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft geschah quasi über Nacht und bedeutete in vielen Bereichen zunächst eine disruptive Veränderung. Die veralteten industriellen Strukturen und Betriebe der ehemaligen DDR waren kaum noch konkurrenzfähig, ebenso wenig waren es ihre Produkte. Unternehmen, die zum Zeitpunkt der Wende noch wettbewerbsfähig waren, wurde die abrupte Aufwertung der DDR-Mark im Zuge der Währungsunion zum Verhängnis. Ostdeutsche Unternehmen mussten entweder schlagartig die Preise ihrer Produkte erhöhen, wodurch die Nachfrage einbrach, oder sie rutschten durch den starken Anstieg der Löhne und Gehälter dauerhaft in die Verlustzone. Der industrielle Sektor brach weitgehend zusammen. Von Mitte 1990 bis Frühjahr 1992 wurden in den ehemals volkseigenen Betrieben 70 Prozent aller Stellen abgebaut. Die Arbeitslosenquote erreichte immer neue Höhen und überstieg 2003 erstmals die 18-Prozent-Marke.

Heute liegt die Arbeitslosenquote im Osten zwei Prozentpunkte über der im Westen. Sie erreichte zwar niemals Westniveau, hat sich aber seit Mitte der 2000er Jahre deutlich verringert. Positiv entwickelt haben sich auch andere Beschäftigungskennzahlen wie die allgemeine Erwerbstätigenquote oder speziell die Erwerbstätigenquote der Frauen. In beiden Teilen Deutschlands liegen sie auf vergleichbarem Niveau. Dem gegenüber stehen gleich mehrere Aspekte, in denen sich die Arbeitsmärkte Ost und West deutlich unterscheiden – in der Regel zum Nachteil der Menschen in den neuen Bundesländern. Das betrifft u. a. die Einkommen, die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten oder das Verhältnis von Arbeitslosen zu offenen Stellen.

Die wohl größte wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderung aber liegt in der negativen Bevölkerungsentwicklung. Der Osten schrumpft und altert demografisch bedingt schneller als der Westen. Während sich der Übergang zur Marktwirtschaft und Dienstleistungsgesellschaft im Eilzugtempo vollzog, gingen den neuen Bundesländern – und damit auch ihrer Wirtschaft – Millionen von Menschen verloren. Viele lösten angesichts hoher Arbeitslosigkeit und schlechter Aussichten ein Ticket in den Westen – insbesondere junge und gut ausgebildete Leute.

Der Aufschwung Ost war ein Kraftakt – in menschlicher wie auch ökonomischer Hinsicht. Staatliche und privatwirtschaftliche Investitionen, Förderhilfen in Milliardenhöhe sowie wirtschafts- und strukturelle Maßnahmen gehörten ebenso dazu wie Aufbruchstimmung und Tatkraft in Ostdeutschland. Sie ermöglichten erst eine wettbewerbsfähige Infrastruktur und Wirtschaft. Die Wirtschaft in den neuen Bundesländern ist heute zwar stabil und wettbewerbsfähig, wächst aber in den letzten zwei Jahrzehnten nur langsam. Das durchschnittliche Ost-Einkommen hat sich zwar dem westdeutschen angenähert, liegt aber immer noch deutlich darunter. Und während die Produktivität im Dienstleistungssektor fast gleich ist, erzielt das Verarbeitende Gewerbe Ost nur 76 Prozent der Produktivität im Westen. Zusätzlich hat der Osten noch mit strukturellen Herausforderungen zu kämpfen, die es in gleichem Umfang auch im Westen gibt. Dazu gehören Armut, Einkommensungleichheit, Langzeitarbeitslosigkeit oder die höhere Arbeitslosigkeit in den Städten gegenüber ländlichen Räumen.

Das vorliegende Focus Paper „Entwicklung und Zukunft des ostdeutschen Arbeitsmarkts“ wirft einen Blick auf genau diese Indikatoren und deren Entwicklung nach der Wiedervereinigung. Es schaut auf mögliche Ursachen für die bestehende Lohn- und Produktivitätslücke sowie die wenig dynamische Wirtschaft. Ein abschließendes Fazit illustriert die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt. Es skizziert die wirtschaftlichen Kernprobleme und deren Folgen für Produktivität, Erwerbsverhalten und Beschäftigung. Handlungsempfehlungen für Politik und Wirtschaft zeigen auf, wie die ostdeutschen Bundesländer die Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt angehen können.

2. Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland

Obwohl sie in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich gefallen ist, bleibt die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland eine wesentliche Herausforderung. Mit einer Quote von aktuell 7,2 Prozent liegt sie immer noch über dem westdeutschen Schnitt von 5,3 Prozent (Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2024). Ihr Verlauf nach der Wiedervereinigung wurde geprägt durch die besondere wirtschaftliche Entwicklung im Osten. Die DDR-Wirtschaft brach zusammen, Betriebe wurden in die marktwirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik überführt und es fehlte an wettbewerbsfähigen Industrien. Die Zahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland nahm dramatisch zu. Nach den Massenentlassungen der 90er Jahre erreichte die Arbeitslosenquote in den

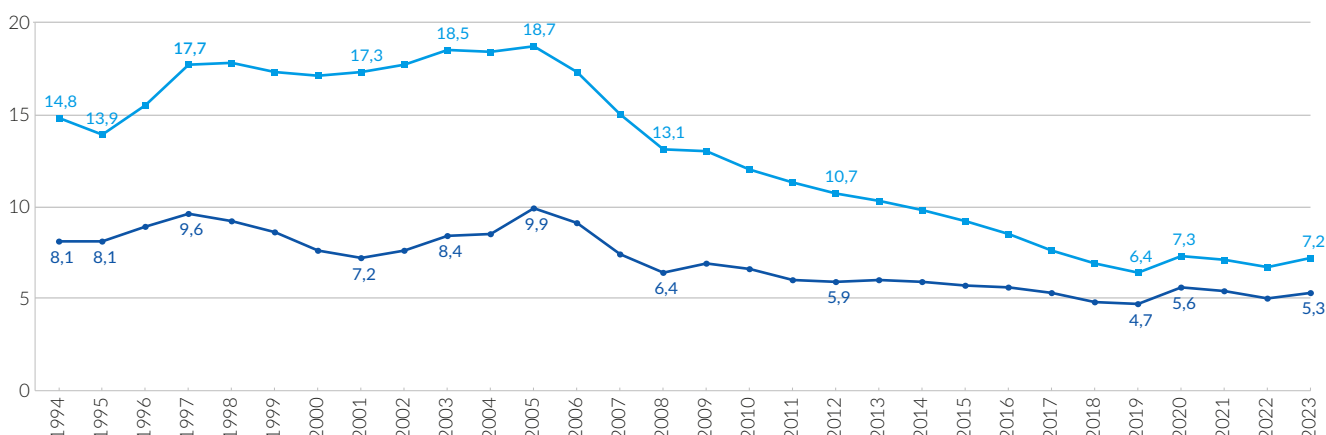
Jahren 2003 bis 2005 Werte von über 18 Prozent. Etwa zur selben Zeit, in den frühen 2000er Jahren, starteten umfangreiche Strukturanpassungsprogramme und Fördermaßnahmen. Sie zielten darauf, die ostdeutsche Wirtschaft zu revitalisieren. Man investierte verstärkt in Infrastruktur, förderte Unternehmensgründungen und stellte bei den Tarifverhandlungen Beschäftigung über Lohnerhöhungen. Die Wirtschaft im Osten stabilisierte sich und die Arbeitslosenquote begann langsam zu sinken (Abb. 1).

Die Einführung der Hartz-Reformen im Jahr 2005 hatte sowohl in Ost- als auch Westdeutschland tiefgreifende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Zusammen mit den anhaltenden staatlichen Investitionen, Förderprogrammen und verändertem Verhalten der Sozialpartner führten sie im Osten zu einem deutlichen Absinken der Arbeitslosenquote. Mehr und mehr näherte sich diese dem westdeutschen Niveau an. Von ihrem Höchstwert im Jahr 2005 (18,7 Prozent) nahm die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland bis heute um 61 Prozent ab.

Dass sich in Ostdeutschland die Arbeitsmarktlage verbessert hat, zeigt sich auch in einer gewachsenen Resilienz gegenüber negativen Schocks, die den Arbeitsmarkt treffen können. Eine Analyse des ifo Instituts Dresden zur Robustheit regionaler Arbeitsmärkte definiert solche Schocks als sprunghafte Anstiege der Arbeitslosigkeit von mindestens 20 Prozent innerhalb von 12 Monaten. Die Studie ergab, dass Ostdeutschland zwischen 2013 und 2020 deutlich seltener von großen Arbeitslosigkeitsschocks betroffen war als viele

ABBILDUNG 1 Arbeitslosenquote in Ost- und Westdeutschland

In % aller abhängigen Erwerbspersonen — Ostdeutschland (mit Berlin) — Westdeutschland



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2024): Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf.

BertelsmannStiftung

Regionen in Westdeutschland. Von den insgesamt 719 Schocks, die in dieser Zeit bundesweit erfasst wurden, entfielen lediglich 27 auf Ostdeutschland. Der ostdeutsche Arbeitsmarkt zeigt sich damit deutlich robuster als der westdeutsche (Förtsch et al. 2021).

Auch wenn sich Ost und West in ihren Arbeitslosenquoten immer noch unterscheiden, sind die strukturellen Herausforderungen in Sachen Arbeitsmarktintegration benachteiligter Gruppen sehr ähnlich. Ein nach wie vor herausfordernder Aspekt von Arbeitslosigkeit ist z. B. der Anteil der Langzeitarbeitslosen. Mit aktuell 34,4 Prozent liegt der Anteil in den neuen Bundesländern fast auf demselben Niveau wie in den alten (Bundesagentur für Arbeit, 2024). Trotz der guten Arbeitsmarktlage ging der Abbau der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit nur sehr schleppend voran. Auch in Alter oder Geschlecht unterscheiden sich die relativen Anteile unter den Arbeitslosen zwischen Ost und West kaum.

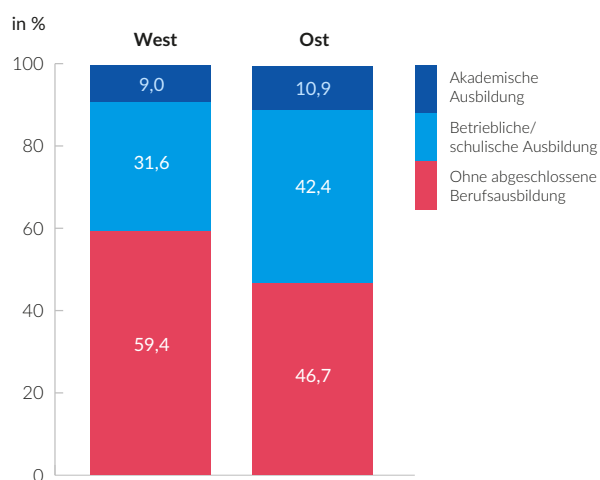
Auffällig ist lediglich die formale Qualifikationsstruktur. Im Osten verfügen z. B. 42,4 Prozent der Arbeitslosen über eine formale betriebliche oder schulische Ausbildung und 10,9 Prozent über eine akademische (Abb. 2). In Westdeutschland liegen diese Werte mit 31,6 bzw. 9,0 Prozent teils deutlich niedriger. Damit haben 59,4 Prozent der Arbeitslosen im Westen keine abgeschlossene Berufsausbildung, während im Osten nur 46,7 Prozent ohne Berufsabschluss sind (Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2024). Hintergrund dafür ist unter anderem der Migrationseffekt, der sich besonders im Westen niederschlägt. Hier leben im Vergleich zum Osten fast dreimal so viele Menschen mit Migrationshintergrund. Unter diesen ist der Anteil an Personen ohne qualifizierten Berufsabschluss mit 36,7 Prozent höher als in der Gesamtbevölkerung (Statistisches Bundesamt, 2023a).

Viele Menschen in Ostdeutschland haben eine Fachausbildung. Das ist noch ein Vermächtnis des früheren Bildungssystems. In der ehemaligen DDR war es üblich, nach der Schule eine Fachausbildung zu machen. 2023 besaßen 62 Prozent aller Beschäftigten in Ostdeutschland einen anerkannten Berufsabschluss – im Vergleich zu 58,9 Prozent in Westdeutschland. Schaut man auf die Akademiker:innen-Quote, liegen Ost und West nah beieinander. In den ostdeutschen Bundesländern beträgt ihr Anteil unter den Beschäftigten durchschnittlich 20,2 Prozent, im Westen 19,1

Prozent. Größer sind die Unterschiede bei Menschen ohne Berufsabschluss. Hier zeichnet sich für den Osten ein deutlich positiveres Bild: Nur 9,4 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben keinen Berufsabschluss, während es in Westdeutschland 13,4 Prozent sind (Bundesagentur für Arbeit, 2024).

Ein Aspekt struktureller Unterschiede ist auch die unterschiedliche Stellensituation in Ost und West. Entscheidend ist hier die Zahl der arbeitslosen Menschen im Verhältnis zu den verfügbaren Jobs. Während (auf

ABBILDUNG 2 Qualifikationsstruktur Arbeitslose



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2024). Eigene Berechnung.

| BertelsmannStiftung

Basis der IAB-Stellenerhebung) in Westdeutschland im Jahr 2023 auf 100 offene Stellen 140 arbeitslose Personen kamen, waren es in Ostdeutschland 200 Arbeitslose auf 100 Stellen. Das sind zwar mehr als im Westen, aber immer noch deutlich weniger als in früheren Jahren. 2007, nach den Hartz-Reformen, kamen in Ostdeutschland (nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit) auf 100 freie Stellen über 2.000 arbeitslos gemeldete Personen.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist durch große regionale Unterschiede geprägt. Bei Themen wie Beschäftigtenstruktur und Arbeitslosigkeit existiert allerdings nicht nur ein Ost-West-Gefälle. Im Gegenteil, mit Blick auf die Arbeitslosigkeit besteht ein viel stärkeres Nord-Süd-Gefälle. Während in Bayern und Baden-Württemberg nahezu Vollbeschäftigung herrscht, erreicht die Arbeitslosenquote in nördlichen Teilen Westdeutschlands teils zweistellige Werte. So verzeichnet nicht etwa der Osten die höchsten Arbeitslosenquoten, sondern das Ruhrgebiet – mit

zum Beispiel 14,8 Prozent in der Stadt Gelsenkirchen. Auffällig ist, dass vor allem in den alten Bundesländern zahlreiche Großstädte überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquoten aufweisen. In den neuen Bundesländern ist die Lage differenzierter. Zunächst ist hohe Arbeitslosigkeit in den Städten auch hier ein Thema. In vielen städtischen Regionen liegt die Arbeitslosenquote deutlich über der auf dem Land. Während z. B. Chemnitz im April 2024 eine Arbeitslosenquote von 9,0 Prozent aufwies, lag sie in den umliegenden Kreisen zwischen 5,3 und 5,5 Prozent. Ähnlich die Verhältnisse in Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern), Brandenburg an der Havel oder Halle an der Saale. Allerdings gibt es auch Großstädte, die unterhalb des ostdeutschen Durchschnitts liegen, wie z. B. Dresden mit 6,5 Prozent, Erfurt mit 6,6 Prozent oder Jena mit 5,9 Prozent. Die regional höchsten Arbeitslosenquoten verzeichnen Kreise in stark ländlichen geprägten Regionen, z. B. der äußerste Nordosten wie die Uckermark mit 11,3 Prozent oder Vorpommern-Greifswald mit 9,2 Prozent (Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2024).

3. Demografische Entwicklung und Erwerbsbeteiligung

Die Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland unterscheidet sich von der in Westdeutschland in wesentlichen Punkten – vor allem mit Blick auf den demografischen Wandel und die Beschäftigung älterer Menschen.

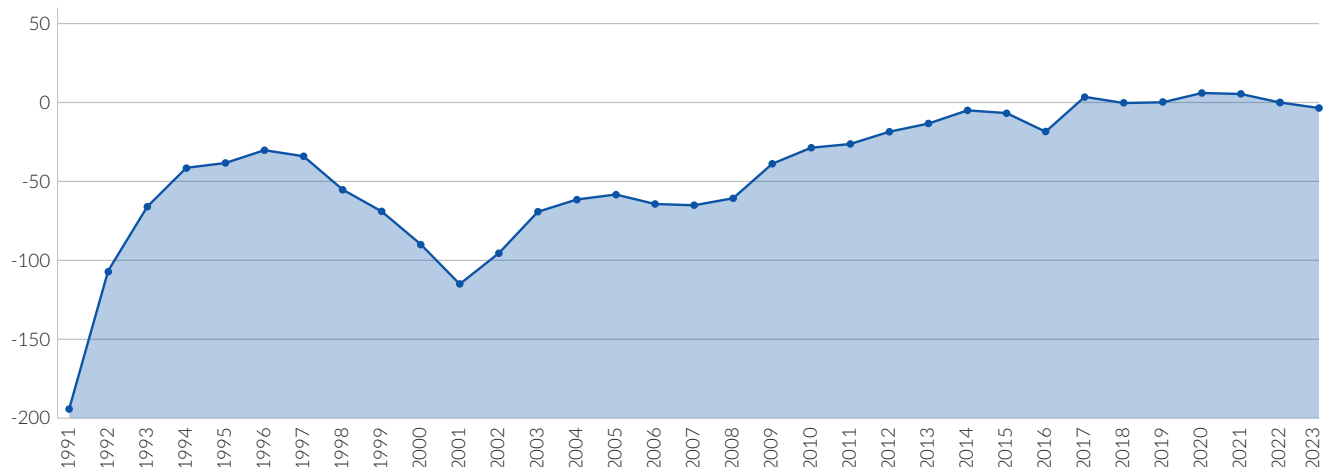
Wanderungsgeschehen

Der demografische Wandel ließ die ostdeutsche Bevölkerung schneller altern als die westdeutsche und auch deutlicher schrumpfen. Die Gründe dafür sind komplex. Den größten Einfluss hatten die Wanderungsströme. Das Geschehen in den neuen Bundesländern war lange Zeit geprägt durch eine starke Abwanderung in die alten Bundesländer. In den Jahren nach der Wende war das Wanderungssaldo negativ. Bis 2016 gingen jährlich mehr Menschen nach Westdeutschland, als von dort zurückkamen. Abwanderung und Geburtenrückgänge führten zu einem starken Bevölkerungsverlust. Allein der Wanderungsverlust zwischen 1991 und 2022 betrug 1,2 Mio. Menschen (Abb. 3). Besonders negativ wirkte sich aus, dass verstärkt junge Erwachsene abwanderten, insbesondere junge Frauen. Das beschleunigte die gesellschaftliche Alterung der ostdeutschen Bevölkerung.

Zwischen 2017 und 2022 war der Wanderungssaldo für Ostdeutschland positiv (+18.300 Personen), kehrte sich 2023 jedoch wieder ins Negative (-2.962

ABBILDUNG 3 Binnenwanderungssaldo zwischen Ost- und Westdeutschland (ohne Berlin)

Personen in Tausend



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024a.

| BertelsmannStiftung

Personen) Es sind vor allem Ausländer:innen und die 18- bis unter 25-Jährigen, die – für eine Ausbildung oder ein Studium – in den Westen ziehen (Statistisches Bundesamt, 2024a). Insgesamt hat der Osten seit der Wiedervereinigung mehr als 731.000 Menschen unter 25 Jahren an den Westen verloren.

Fasst man alle Zuzüge bzw. Zuwanderungen (auch die aus dem Ausland) zusammen, sind zwischen 1991 und 2021 über 10 Mio. Menschen nach Deutschland eingewandert. Mit 8,9 Millionen Zuzügen aus dem Ausland weist der Westen einen siebenfach größeren Wanderungsgewinn auf als der Osten (1,2 Millionen) – jeweils ohne die Berücksichtigung von Berlin (Statistisches Bundesamt, 2024b). Dadurch verlangsamte sich das demografische Altern der Bevölkerung in Westdeutschland.

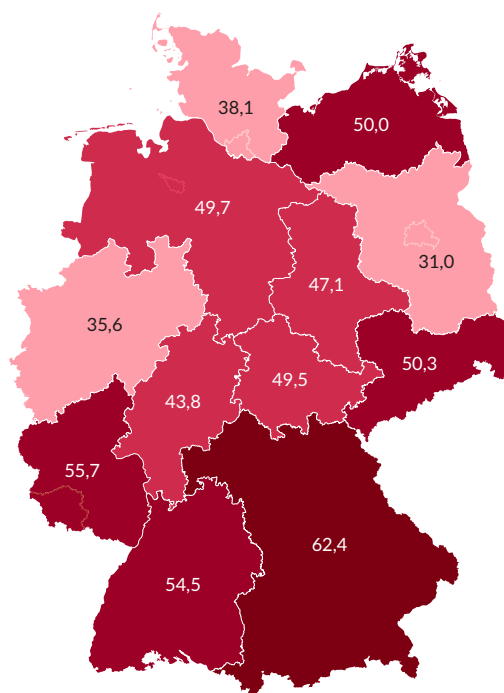
Der demografische Wandel stellt zusammen mit Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur und konjunkturellen Einflüssen einen großen Treiber für den Fachkräftemangel dar. Das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung am Institut der deutschen Wirtschaft weist für die Bundesländer die Stellenüberhangsquote als zentralen Indikator für Arbeitskräfteknappheiten aus. Diese gibt an, wie groß der Anteil der Stellen, für die es keine passend qualifizierten Arbeitslosen gibt, an allen offenen Stellen ist. In der hier verwendeten Darstellung wurden einige Bundesländer mit ausgeprägten Pendlerverflechtungen für eine höhere Aussagekraft zusammengefasst. Im Einzelnen sind dies Schleswig-Holstein und Hamburg, Niedersachsen und Bremen, Brandenburg und Berlin sowie Rheinland-Pfalz und das Saarland. Auf Basis dieses Indikators zeigen sich keine klaren Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Ländern (Abb. 4). Zwar liegen die Bundesländer mit dem größten Stellenüberhang allesamt im Westen (Bayern: 62,4 Prozent, Rheinland-Pfalz und das Saarland: 55,7 Prozent, Baden-Württemberg: 54,5 Prozent). Allerdings folgen danach mit Sachsen (50,3 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (50,0 Prozent) zwei ostdeutsche Länder. Dahinter liegt Thüringen (49,5 Prozent) nahezu gleichauf mit Bremen und Niedersachsen (49,7 Prozent) (Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung, 2023). Der Fachkräftemangel ist also in Ost und West ähnlich gravierend und es lässt sich auch zwischen Nord und Süd kein klares Gefälle erkennen. Für das recht ähnliche Ausmaß des Fachkräftemangels in Ost und West können allerdings unterschiedliche Ursachen vorliegen, die im Westen

mehr von der hohen Arbeitsnachfrage der Unternehmen herrühren, während im Osten eher das geringere Arbeitskräfteangebot eine größere Rolle spielt.

Neben der hohen Abwanderung und der stärkeren gesellschaftlichen Alterung kann auch der geringere Anteil von Menschen mit ausländischen Wurzeln ein Erklärungsfaktor sein. So ist der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung in Ostdeutschland (ohne Berlin) im Jahr 2023 mit 7,9 Prozent weniger als halb so hoch wie im Westen mit 16 Prozent (ohne Bremen und Hamburg) (Statistisches Bundesamt, 2023d). Der Anteil der Ausländer:innen mit unbefristetem Aufenthaltsstatus an der gesamten ausländischen Bevölkerung ist im Osten mit 37 Prozent ebenfalls geringer als im Westen (58 Prozent) (Iglesias/Maaßen, 2023). Absolut und anteilmäßig haben also erheblich mehr Zugewanderte im Westen als im Osten die Aussicht, dauerhaft in Deutschland bleiben zu können. Dagegen sind Ausländer:innen im Osten weniger gut in den Arbeitsmarkt integriert. Dort beträgt die Arbeitslosigkeit unter Ausländer:innen 20,4 Prozent, während der Wert im Westen bei – immer noch hohen – 14,4 Prozent liegt (Bundesagentur für Arbeit, 2024). Das Fachkräftepotenzial von Zugewanderten aus dem Ausland wird damit in Ostdeutschland erheblich weniger als im

ABBILDUNG 4 Stellenüberhangsquote Bundesländer

■ 30 bis <40 ■ 40 bis <50 ■ 50 bis <60 ■ >60



Quelle: Eigene Berechnung.

| BertelsmannStiftung

Westen genutzt. Zur Bewältigung des demografischen Wandels sind ausländische Arbeitskräfte unentbehrlich. Um das Potenzial in Ostdeutschland auszuschöpfen, braucht es eine verlässliche Bleibeperspektive für Ausländer:innen sowie eine Willkommenskultur.

Erwerbsbeteiligung von Älteren

Ein großes Gegengewicht zu den negativen Auswirkungen des demografischen Wandels auf dem Arbeitsmarkt hat die deutliche Zunahme der Erwerbsbeteiligung und Erwerbstätigkeit von älteren Arbeitskräften gebildet. Die Erwerbsbeteiligung der 55- bis 64-Jährigen hat im vergangenen Jahrzehnt in ganz Deutschland so stark zugenommen wie in keiner anderen Altersgruppe. Auch die Erwerbstätigenquoten sind in beiden Landesteilen durchgängig gestiegen. Wobei der Osten stets leicht vorne lag: Der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Alter von 55 bis 64 Jahren betrug 2014 im Westen 45,3 Prozent und stieg bis 2023 auf 58,8 Prozent – ein Plus von 13,5 Prozentpunkten. Im Osten stieg die Quote im gleichen Zeitraum von 47,8 Prozent auf 59,6 Prozent – ein Plus von 11,8 Prozentpunkten (Bundesagentur für Arbeit, 2024; Statistisches Bundesamt, 2023b).

Auch mit Blick auf die Erwerbstätigkeit aller Personen im erwerbsfähigen Alter hat Deutschland seit Mitte der 2000er Jahre eine bemerkenswerte Entwicklung vollzogen. Mit einem Rekordhoch von 45,7 Millionen Erwerbstätigen und 34,7 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zeigt sich der deutsche Arbeitsmarkt überaus robust (Statistisches Bundesamt, 2024c). Die Erwerbstätigenquoten in Ost und West liegen mit 76,7 Prozent bzw. 77,3 Prozent fast gleichauf (Mikrozensus, 2023). Unterschiede gibt es allerdings bei der Art der Beschäftigung. In Ostdeutschland sind 7,7 Prozent der Erwerbstätigen geringfügig beschäftigt, während es in Westdeutschland 11,1 Prozent sind (Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2023). Auch bei den Teilzeitquoten liegen die Zahlen in Ostdeutschland deutlich unter denen im Westen. So arbeiten 33 Prozent der Frauen im Osten in Teilzeit, im Gegensatz zu 48 Prozent der Frauen im Westen. Bei den Männern ist der Unterschied weniger ausgeprägt. Hier liegt die Teilzeitquote in Ostdeutschland bei 11 Prozent und in Westdeutschland bei 12 Prozent (WSI, 2023).

4. Geschlechterunterschiede auf den Arbeitsmärkten in Ost und West

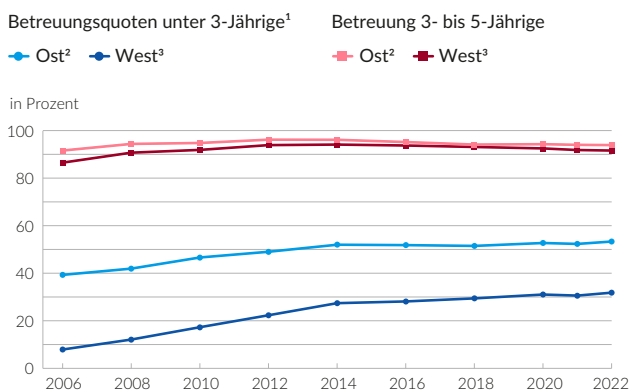
In ganz Deutschland bestehen erkennbare Geschlechterunterschiede am Arbeitsmarkt. Allerdings sind diese in Ostdeutschland weniger ausgeprägt als in Westdeutschland. Im Jahr 2023 lag die Erwerbsbeteiligung, gemessen an der Erwerbsquote, im Osten für Männer bei 83,5 Prozent und bei Frauen bei 77,9 Prozent, wodurch sich eine Differenz von 5,6 Prozentpunkten ergibt. Im Westen betragen diese Werte 84,6 und 76,4 Prozent mit einem Unterschied von 8,2 Prozentpunkten. Ähnlich sieht das Bild bei den Erwerbstätigenquoten aus, also beim Anteil derer, die tatsächlich abhängig beschäftigt oder selbstständig tätig sind. Hier liegen die Werte im Westen bei 81,9 (Männer) und 74,3 Prozent (Frauen), während sie im Osten 80,0 (Männer) und 75,1 Prozent (Frauen) betragen. Die resultierenden Differenzen liegen bei 7,6 Prozent im Westen und 4,9 Prozent im Osten (Institut für Arbeit und Qualifikation 2023b, c). Im Osten ist also nicht nur der Abstand von Frauen zu Männern geringer, sie sind auch generell stärker auf dem Arbeitsmarkt aktiv als im Westen. Hierfür spielen auch historisch-kulturelle Faktoren eine Rolle.

In beiden Landesteilen ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen eng verbunden mit der Frage nach Kindern und deren Betreuung. Lange Zeit lagen die Betreuungsquoten für 3- bis 5-Jährige im Westen deutlich hinter denen im Osten. Mit Beginn der 2000er Jahre startete in Westdeutschland jedoch ein rascher Aufholprozess. Auch in Ostdeutschland wurden die Betreuungsmöglichkeiten für 3- bis 5-Jährige ausgebaut. Nach 2010 erreichten beide Teile Deutschlands für diese Altersgruppe Betreuungsquoten von über 95 Prozent (Abb. 5). Aktuell sind sie allerdings wieder leicht rückläufig. 2022 lag die Betreuungsquote im Osten bei 95 Prozent und im Westen bei 92 Prozent (Sachverständigenrat 2023). Zu berücksichtigen sind aber auch Indikatoren zur Qualität der Betreuung. Hier gibt es sichtbare Unterschiede zwischen Ost und West. So weisen die ehemals neuen Bundesländer im Kita-Bereich einen deutlich höheren Betreuungsschlüssel auf als die westdeutschen Länder: Für die Anzahl der Kinder, für die eine Vollzeitkraft im Median zuständig ist, ergibt sich in Ostdeutschland eine Spanne zwischen 5,7 (Mecklenburg-Vorpommern) und 5,1 (Thüringen und

Brandenburg), während der Wertebereich für Westdeutschland zwischen 4,1 (Hamburg) und 2,9 (Baden-Württemberg) liegt. Mit der Zeit, die im Median für Leistungs- und Verwaltungsaufgaben zur Verfügung steht, weist ein weiterer Qualitätsindikator im Osten geringere Werte als im Westen auf (Bock-Famulla et al. 2023).

In beiden Landesteilen sind die Betreuungsquoten für Kinder unter drei Jahren erheblich geringer als bei den 3- bis 5-Jährigen. Ost und West unterscheiden sich hier zudem erheblich. 2012 stand in Ostdeutschland (erstmal) für jedes zweite Kind unter drei Jahren ein Betreuungsplatz zur Verfügung. In Westdeutschland hatte nur etwa jedes fünfte Kind Aussicht auf einen Krippenplatz. Obwohl sich diese Diskrepanz bis heute leicht verringert hat, ist der Unterschied immer noch groß. 2022 lag die Betreuungsquote im Osten bei knapp 53 Prozent und im Westen bei knapp über 30 Prozent. Hier zeigen sich auch ausgeprägte Betreuungslücken. Während der Betreuungsbedarf im Osten die Betreuungsquote um 7,5 Prozentpunkte übersteigt, beträgt die Betreuungslücke im Westen sogar 14,9 Prozentpunkte (Sachverständigenrat ebd.). Das ist ein erhebliches Hemmnis für die Erwerbsbeteiligung von Müttern (und Vätern) mit sehr jungen Kindern.

ABBILDUNG 5 Entwicklung der Kinderbetreuungsquoten



¹ Stichtag im März des jeweiligen Jahres. In den Jahren 2006 bis 2018 Daten im Zweijahresrhythmus, ab dem Jahr 2020 jährliche Daten.

² Ostdeutschland mit Berlin. ³ Westdeutschland.

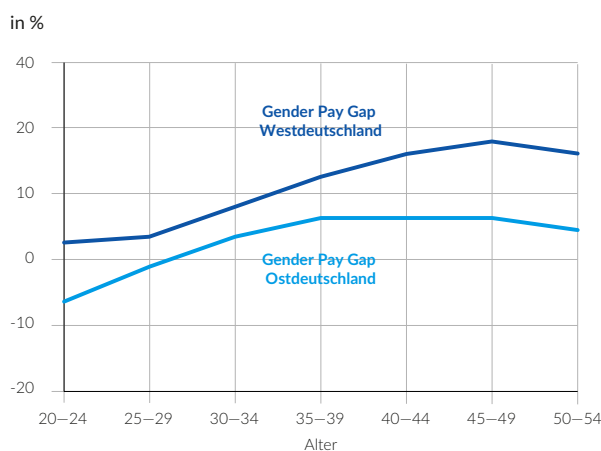
Quelle: Sachverständigenrat, 2023.

| BertelsmannStiftung

Als weiterer zentraler Indikator für geschlechterspezifische Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt wird oft der Gender Pay Gap herangezogen. 2023 lag in Gesamtdeutschland der durchschnittliche Stundenverdienst einer Frau 18 Prozent unter dem eines Mannes. Dieser unbereinigte Gender Pay Gap war jedoch im Osten mit 7 Prozent deutlich geringer als im Westen (19 Prozent).

Unterschiede zeigen sich auch im Verlauf des Erwerbslebens (Abb. 6). Während die Lohnlücke im Westen bis zur Altersgruppe der 45- bis 49-Jährigen kontinuierlich größer wird und danach leicht abnimmt, erreicht sie im Osten bereits bei den 35- bis 39-Jährigen ihr deutlich geringeres Maximum. In der Gruppe der 20- bis 24-Jährigen ist der Gender Pay Gap in den neuen Bundesländern sogar negativ. Ostdeutsche Frauen in dieser Altersgruppe verdienen also mehr als Männer.

ABBILDUNG 6 Durchschnittlicher Gender Pay Gap für unterschiedliche Altersgruppen



Quelle: Sachverständigenrat, 2023.

| BertelsmannStiftung

Neben dem unbereinigten gibt es den bereinigten Gender Pay Gap. Er berücksichtigt beim Geschlechtervergleich verschiedene Arbeitsmarkt- bzw. Beschäftigungsfaktoren. Frauen arbeiten z. B. häufiger in Branchen, Berufen und Anforderungsniveaus, in denen die Entlohnung geringer ausfällt als in Bereichen, in denen überproportional viele Männer tätig sind. Zudem sind sie öfter geringfügig oder nur in Teilzeit beschäftigt, was ebenfalls mit einer geringeren Entlohnung einhergeht. Zieht man all diese Umstände bei der Berechnung heran, ergibt sich für Ost- und Westdeutschland ein bereinigter Gender Pay Gap in fast gleicher Höhe: Im Osten liegt er bei 7 Prozent und im Westen bei 6 Prozent. In Ostdeutschland entspricht der bereinigte Gender Pay Gap damit auch exakt dem unbereinigten (Sachverständigenrat 2023).

Geschlechterunterschiede in der Berufswahl

Ein wesentlicher Erklärungsfaktor für die geschlechterspezifische Lohnlücke sind Unterschiede in der Berufswahl. In beiden Landesteilen ist die Aufteilung in frauen- und männerdominierte Berufsgruppen klar ersichtlich. Deutschlandweit arbeiteten im Jahr 2019 deutlich mehr als die Hälfte aller beschäftigten Männer und Frauen in geschlechtstypischen Berufen, das sind Berufe, in denen das eigene Geschlecht unter den Beschäftigten zu mehr als 70 Prozent vertreten ist. In Mischberufen mit einem geschlechtstypischen Anteil zwischen 30 und 70 Prozent waren weniger als 30 Prozent der Beschäftigten tätig. Weniger als 15 Prozent arbeiteten in Berufen, die für das jeweilige Geschlecht untypisch sind, also Männer in Frauenberufen und umgekehrt.

Bei näherer Betrachtung werden Unterschiede zwischen Ost und West deutlich. In Ostdeutschland sind z. B. erheblich mehr Männer in klassischen Frauenberufen tätig als in Westdeutschland. Und auch der Anteil von Männern in Mischberufen ist im Osten deutlich höher. Bei den Frauen ist es genau umgekehrt. Sie sind im Osten deutlich seltener in Männerberufen beschäftigt als im Westen. In den Mischberufen ist der Frauenanteil dagegen in beiden Teilen Deutschlands nahezu gleich groß. An diesem Bild hat sich zwischen 2012 und 2019 für Frauen insgesamt und für Männer in Westdeutschland nur wenig geändert. Anders bei den Männern in Ostdeutschland: Hier zeigt sich ein Rückgang der geschlechtsspezifischen Segregation. 2019 sind sie deutlich häufiger in Frauen- oder Mischberufen tätig als noch 2012.

Die Tatsache, dass Frauen im Osten seltener in Männerberufen tätig sind, gilt nicht in allen Branchen. Im Jahr 2019 betrug z. B. der Frauenanteil in den IT- und naturwissenschaftlichen Berufen im Osten 27,7 Prozent, während er im Westen bei nur 21,7 Prozent lag. Auch in den kaufmännischen Dienstleistungsberufen waren Frauen unterschiedlich stark vertreten: Im Osten lag ihr Anteil bei 68 Prozent und im Westen bei 61,8 Prozent. Einen nur geringen Unterschied gab es hingegen bei den Frauenanteilen in den Produktionsberufen, den personenbezogenen Dienstleistungen und den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen (Bächmann et al. 2024).

Frauenanteil nach Anforderungsniveau

Es fällt auf, dass Frauen in Ostdeutschland auf allen vier beruflichen Anforderungsniveaus fast gleich stark vertreten sind. 2019 betrug ihr Anteil in den Helfer:innen- und Anlern-tätigkeiten 49,8 Prozent, in den fachlich ausgerichteten Tätigkeiten 49,9 Prozent, in den komplexen Tätigkeiten für Spezialist:innen 47 Prozent und in den hochkomplexen Tätigkeiten 46,7 Prozent. Im Westen dagegen sind Frauen auf den beiden oberen Anforderungsniveaus deutlich unterrepräsentiert. In den komplexen Spezialist:innen-Tätigkeiten sind nur 37,3 Prozent aller Beschäftigten Frauen, in den hochkomplexen Tätigkeiten sogar nur 36,7 Prozent. Auf den beiden unteren Anforderungsniveaus liegt der Frauenanteil bei 48,7 bzw. 48,2 Prozent. Immerhin ist der Fraueanteil im Westen in fast allen Anforderungsniveaus (mit Ausnahme der Helfer:innen- und Anlern-tätigkeiten) leicht gestiegen – um zwischen 1,5 und 2 Prozentpunkte zwischen 2012 und 2019. Im Osten war der Frauenanteil in den drei oberen Anforderungsniveaus dagegen leicht rückläufig (Bächmann et al. ebd.).

5. Lohnniveau und Tarifbindung

Das Lohnniveau in Ostdeutschland hat sich über die Jahre dem westdeutschen Niveau angenähert, liegt aber immer noch deutlich darunter. Das mittlere Entgelt (Median-Einkommen), das alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in eine Hälfte mit höherem und eine Hälfte mit niedrigerem Einkommen teilt, beträgt in den neuen Bundesländern aktuell 3.157 €, verglichen mit 3.752 € in den alten Bundesländern. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte verdienen also im Osten 15,9 Prozent weniger als im Westen. Die innerdeutsche Lohnlücke ist allerdings seit Ende der 1990er Jahre erheblich gesunken, von ehemals ca. 26 Prozent auf die aktuellen 15,9 Prozent. Insofern sind die Bruttomonatsentgelte in Ostdeutschland (+ 1.345 € bzw. + 74,3 Prozent) stärker gestiegen als in Westdeutschland (+ 1.305 € bzw. + 53,3 Prozent), (Deutscher Bundestag, 2023a).

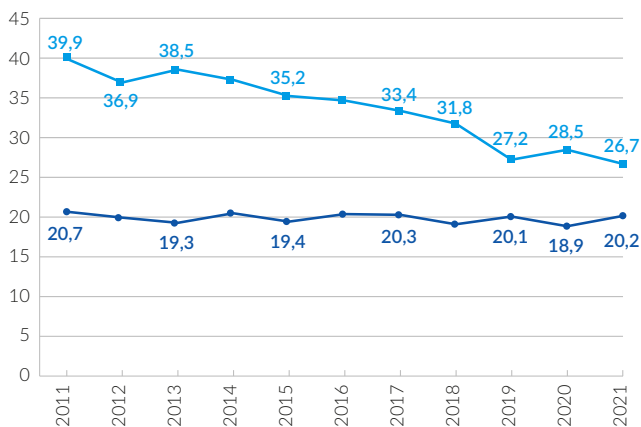
Lohnlücke Ost/West

Mit Blick auf die Entgelte lässt sich die Lohnlücke zwischen Ost und West vor allem auf zwei Faktoren

zurückführen. Zum einen ist der Niedriglohnsektor im Osten größer als im Westen und zum anderen sind die Entgelte oberhalb des Niedriglohnsektors im Westen höher als im Osten. In Ostdeutschland arbeiten deutlich mehr Beschäftigte unterhalb der Niedriglohnschwelle (Abb. 7). Von Mitte der 90er Jahre bis 2013 lag der Anteil der Niedriglohnbeschäftigung im Osten fast durchgängig zwischen 36 und 40 Prozent (Niedriglohnschwelle: zwei Drittel des Median-Stundenlohns). Mehr als jeder dritte Beschäftigte in Ostdeutschland erhielt also einen Lohn, der mehr als ein Drittel unter dem Durchschnittslohns lag. In Westdeutschland hingegen lagen Mitte der 90er Jahre nur etwa 12 Prozent der Beschäftigten unter der Niedriglohngrenze.

ABBILDUNG 7 Niedriglohnbeschäftigung¹ 2011–2021

In % der Beschäftigten — Ostdeutschland (mit Berlin) — Westdeutschland



¹ Niedriglohnschwelle: Zwei Drittel des mittleren Stundenlohns (Median).

Quelle: Kalina, T. (2024), Niedriglohnbeschäftigung 2021, IAQ Report 2024 03.

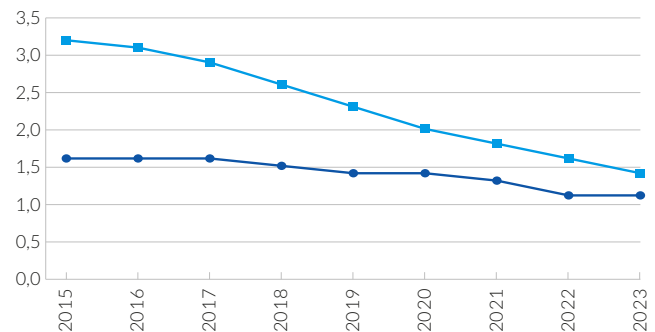
| BertelsmannStiftung

Diese große Diskrepanz zwischen Ost und West hat sich mittlerweile erheblich reduziert. In beiden Teilen Deutschlands ist der Niedriglohnsektor kleiner geworden. Im Osten geschah das nur deutlich früher und auch wesentlich ausgeprägter. Im Jahr 2021 lag der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor in Ostdeutschland bei 26,7 Prozent und in Westdeutschland bei 20,2 Prozent (Kalina, 2024). Die wiederholte Anhebung des Mindestlohns in den vergangenen Jahre führte in den unteren Entgeltbereichen zwar zu einer Annäherung der Einkommen, konnte die Verdienstlücke zwischen Ost und West aber nicht schließen. Auffallend ist, dass in Ostdeutschland durch die Mindestlohnerhöhungen der Anteil der Aufstocker:innen an allen Erwerbstätigen deutlich zurückgegangen ist – von 3,2 Prozent im Jahr 2015 auf 1,4 Prozent im Jahr

2023 (Abb. 8). In Westdeutschland gab es zwar einen ähnlichen Effekt, dieser war aber mit einem Rückgang von 1,6 auf 1,1 Prozent weniger stark ausgeprägt, was auch auf die geringere Größe des Niedriglohnsektors zurückzuführen ist.

ABBILDUNG 8 Aufstockeranteil an allen Beschäftigten¹

In % der Beschäftigten — Ostdeutschland (mit Berlin) — Westdeutschland



¹ Erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte. Jahreszahlen mit Stichtag jeweils 01. September.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2024). Eigene Berechnung.

| BertelsmannStiftung

Entgelte oberhalb der Niedriglohnschwelle

Ein weiterer Grund für die Lohnlücke zwischen Ost und West sind unterschiedliche Entgelte oberhalb des Niedriglohnsektors. Hier ist entscheidend, ob der Arbeitgeber tariflich entlohnt. In Ostdeutschland arbeiten nur 45 Prozent der Beschäftigten in Betrieben mit Tarifbindung, verglichen mit 52 Prozent in Westdeutschland. Obwohl die Tarifbindung seit 2003 in den neuen Bundesländern weniger stark zurückgegangen ist als in den alten Bundesländern (- 16,7 Prozent vs. - 25,7 Prozent), führt das niedrigere außertarifliche Lohnniveau zu insgesamt niedrigeren Entgelten (Deutscher Bundestag, 2023b). Dabei ist zu berücksichtigen, dass es – anders als bei den tatsächlich gezahlten Löhnen – bei den Tariflöhnen keine wesentlichen Ost-West-Unterschiede gibt. Das tarifliche Entgeltniveau in Ostdeutschland liegt auf gleicher Höhe wie in Westdeutschland. Die Lücke nach der Wiedervereinigung in Höhe von 40 Prozent wurde also vollends geschlossen (Hans Böckler Stiftung, 2022). Allerdings gibt es weiterhin Unterschiede bei den Sonderzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld. In westdeutschen Tarifverträgen sind sie deutlich verbreiteter als in ostdeutschen Verträgen – sogar in derselben Branche.

6. Produktivitätsunterschiede zwischen Ost und West

Auch die unterschiedlichen Produktivitätsniveaus tragen zu der immer noch ausgeprägten Lohnlücke bei. Selbst 30 Jahre nach der Wiedervereinigung liegt die Arbeitsproduktivität der ostdeutschen Betriebe deutlich unter der Produktivität westdeutscher Betriebe. 2022 erreichte in Ostdeutschland (ohne Berlin) die Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde im Verarbeitenden Gewerbe 76,3 Prozent des westdeutschen Niveaus (Abb. 9). 2017 lag dieser Wert noch bei 65 Prozent. In nur fünf Jahren hat der Osten hier zwar aufgeholt, weist aber noch immer einen deutlichen Rückstand auf. Betrachtet man die Gesamtwirtschaft, ist der Abstand wesentlich kleiner. Schon 2017 lag deren Bruttowertschöpfung bei 75 Prozent des Westniveaus. 2022 erreichte die ostdeutsche Wirtschaft sogar 83 Prozent des westdeutschen Niveaus. Die Produktivitätsniveaus im Dienstleistungssektor scheinen sich also weitestgehend angeglichen zu haben.

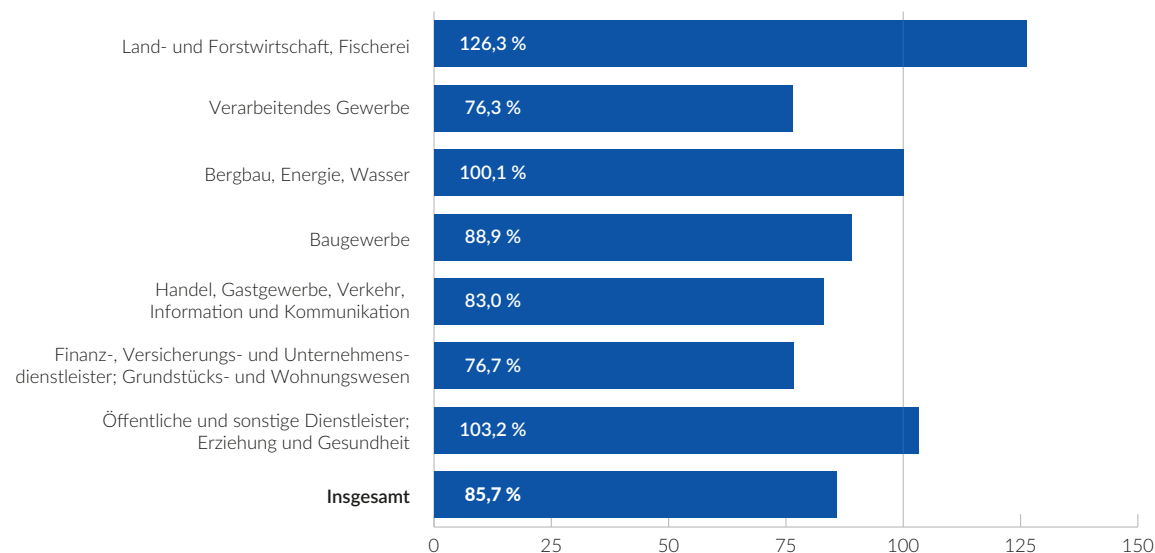
Einfluss der Betriebsgröße

Was aber erklärt die weiterhin bestehenden Produktivitätsunterschiede im Verarbeitenden Gewerbe? Ein wesentlicher Grund lag in der Vergangenheit in den unterschiedlichen Betriebsgrößenstrukturen in Ost und West. Größere Betriebe können ihre Beschäftigten unter sonst gleichen Umständen in der Regel

produktiver als kleinere oder mittlere Betriebe einsetzen (Müller und Neuschäffer, 2019). Zudem entscheiden sich hochproduktive Arbeitskräfte bei der Wahl ihres Arbeitsplatzes häufig für hochproduktive Betriebe (Dauth et al., 2022). Hier wirken also Sortierprozesse, die hochproduktive Arbeitskräfte und Großbetriebe zusammenbringen. Die Verteilung der Beschäftigten auf die Betriebsgrößenklassen hat sich in den letzten Jahren allerdings zwischen Ost und West deutlich angeglichen. So waren noch im Jahr 2014 in Westdeutschland 31 Prozent der Arbeitskräfte in Großbetrieben mit 250 Beschäftigten und mehr tätig, im Osten dagegen lediglich 22 Prozent (Bechmann et al. 2015). Bis zum Jahr 2021 war der Wert für Westdeutschland nur noch leicht auf 32 Prozent angestiegen, während er im Osten nunmehr 28 Prozent erreichte (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz 2022). Das ist eine erhebliche Zunahme in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum. Auf der anderen Seite ist der Anteil von Arbeitskräften in Kleinstbetrieben mit weniger als zehn Beschäftigten in Ostdeutschland mit 17 Prozent etwas größer als in Westdeutschland mit 14 Prozent. Ein ähnlicher Unterschied zeigt sich beim Anteil der Kleinstbetriebe an allen Betrieben. Im Osten haben 71 Prozent aller Betriebe weniger als zehn Beschäftigte, während der entsprechende Wert im Westen 66 Prozent beträgt.

Die Produktivitätsunterschiede zwischen den drei Betriebsklassen sind markant. In ganz Deutschland betrug die durchschnittliche Bruttowertschöpfung pro

ABBILDUNG 9 Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde, Ostdeutschland (mit Berlin) in Prozent von Westdeutschland



Quelle: Ragnitz (2024).

Beschäftigten in den Jahren 2013 bis 2016 in Kleinbetrieben 49.300 Euro, in mittleren Betrieben 71.000 Euro und in größeren Betrieben 90.000 Euro. Der Blick auf die Betriebsgrößen reicht allerdings nicht aus, um die Produktivitätsunterschiede zwischen Ost und West gänzlich zu erklären. Selbst innerhalb der einzelnen Größenklassen zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. Während z. B. die Bruttowertschöpfung in westdeutschen Großbetrieben bei 91.200 Euro pro Beschäftigten lag, betrug sie in ostdeutschen Großbetrieben nur 73.800 Euro. Ähnlich das Bild bei den Betrieben mittlerer Größe. Hier lag die Bruttowertschöpfung im Westen bei 74.600 Euro und im Osten bei 55.700 Euro. Wesentlich näher lagen die Werte der Kleinbetriebe. Mit 50.500 Euro Bruttowertschöpfung im Westen und 45.200 Euro im Osten betrug der Unterschied nur knapp 5.000 Euro (Müller und Neuschäffer, 2019).

Weitere Erklärungsmöglichkeiten

Auch wenn man neben der Betriebsgröße für weitere Merkmale wie etwa die unterschiedliche Branchenstruktur oder die Exportintensität zwischen Ost und West kontrolliert, verschwinden die Produktivitätsunterschiede nicht ganz. Einen positiven Einfluss auf die Arbeitsproduktivität haben z. B. auch Faktoren wie Tarifverträge, betriebliche Mitbestimmung, der Sitz der Firmenzentrale in der jeweiligen Region, Exporttätigkeit, der Modernitätsgrad der technischen Anlagen und ein hoher Anteil qualifizierter Beschäftigter. Im Westen sind diese Faktoren durchweg häufiger oder ausgeprägter als im Osten. Selbst wenn man diese Unterschiede berücksichtigt, bleibt eine unerklärte Differenz von etwa 20 Prozent in der Produktivität. Vermutungen zu den Ursachen gehen z. B. dahin, dass ostdeutsche Betriebe auf den Produktmärkten über weniger Marktmacht verfügen als westdeutsche. Obwohl ihre physische Produktivität „pro Stück“ nicht geringer ist, erzielen die Betriebe geringere Preise.

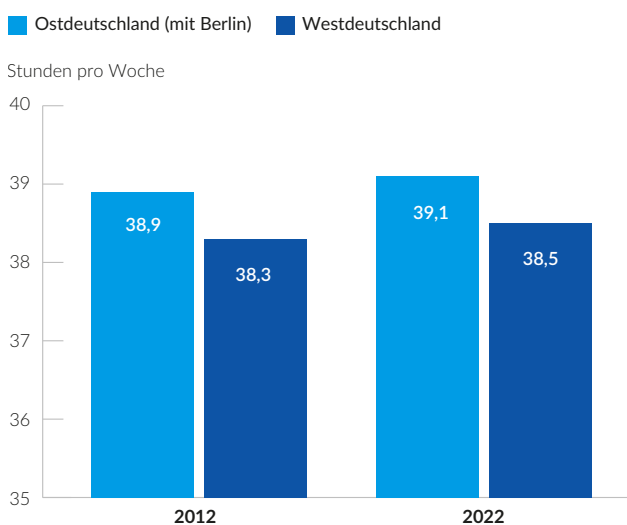
Anders das Bild auf dem Arbeitsmarkt: Ostdeutsche Betriebe verfügen auf vielen regionalen Arbeitsmärkten über eine größere Nachfragemacht als westdeutsche. Grund ist eine geringere regionale Unternehmensdichte, wodurch vergleichsweise weniger Betriebe um die Arbeitskräfte buhlen. Auch das wirkt sich negativ auf die Gesamtarbeitsproduktivität in Ostdeutschland aus, indem produktive Einzelunter-

nehmen im Vergleich zu Arbeitsmärkten mit höherer Wettbewerbsintensität zu wenige Arbeitskräfte einstellen. Derartige Effekte können in der Summe eine um 10 Prozent geringere Arbeitsproduktivität im Osten gegenüber dem Westen erklären (Bachmann et al. 2022). Eine weitere Erklärung könnte schließlich sein, dass westdeutsche Betriebe Vorleistungsgüter günstiger einkaufen können als die Wettbewerber im Osten.

7. Arbeitszeiten in Ost und West

Unterschiede in der tariflich vereinbarten Arbeitszeit zwischen Ost- und Westdeutschland sind gut dokumentiert. Laut Statistischem Bundesamt lag die durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit im Osten zwischen 2010 und 2022 jedes Jahr konstant um 0,6 Stunden höher als im Westen. Im Jahr 2022 betrug sie 39,1 Stunden pro Woche im Osten und 38,5 Stunden im Westen (Abb. 10). Zum Vergleich: Im Jahr 2010 waren es 38,9 respektive 38,3 Stunden. In beiden Landesteilen kam es also zu einem leichten Anstieg der tariflich vereinbarten Wochenarbeitszeit. Unterschiede zeigen sich auch in der tariflich vereinbarten jährlichen Arbeitszeit. Im Jahr 2022 waren sie mit 1.704 Stunden im Osten und 1.649 Stunden im Westen noch etwas ausgeprägter als bei den Wochenarbeitszeiten (Auswertung des WSI-Tarifarchivs).

ABBILDUNG 10 Durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit



Quelle: Deutscher Bundestag (2023c).

| BertelsmannStiftung

Ein Abgleich mit den tatsächlich geleisteten Arbeitszeiten wäre – nicht zuletzt aufgrund der geringen Tarifbindung im Osten – zwar wünschenswert, fällt aber angesichts der unsicheren Datenlage schwer. Auswertungen des Mikrozensus, der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) und des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) kommen zu unterschiedlichen absoluten Zahlen. Die relativen Abweichungen zwischen Ost und West sind dagegen weniger ausgeprägt, sodass entsprechende Vergleiche aussagekräftig sind. Für das letzte verfügbare Jahr (2020) berichtet das Statistische Bundesamt für das Verarbeitende Gewerbe¹ eine tatsächlich geleistete jährliche Arbeitszeit von 1.410,2 Stunden im Westen und 1.502,7 Stunden im Osten. Damit liegt die tatsächliche Arbeitszeit in den neuen Ländern um ca. 6,5 Prozent über der in Westdeutschland. Dieser Unterschied hat sich in den letzten Jahren leicht verringert. Im Jahr 2010 betrug er noch etwas über 7 Prozent (mit 1.640,5 tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden im Osten und 1.532,1 Stunden im Westen). Letztlich arbeiten ostdeutsche Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe aber immer noch etwa einen halben Monat mehr pro Jahr als ihre westdeutschen Kolleg:innen.

8. Einkommensungleichheit und Armut

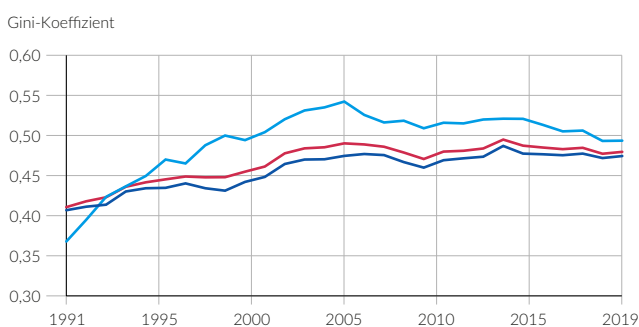
Ungleichheit und Umverteilung

Seit der Wiedervereinigung bis Mitte der 2000er Jahre ist die Einkommensungleichheit – gemessen am Gini-Koeffizienten² der so genannten Haushaltseinkommen³ – in Ost- und Westdeutschland deutlich angewachsen, wobei der Anstieg in den neuen Ländern wesentlich ausgeprägter war als in den alten (Abb. 11, linkes Diagramm). Das ist größtenteils auf die stark gestiegene Arbeitslosigkeit in den 90er Jahre zurückzuführen. Sie ist ein typischer und großer Treiber der Ungleichheit. Mit Erholung des Arbeitsmarkts nahm die Ungleichheit wieder ab, zumindest bis Ende der 2000er Jahre. Danach entwickelten sich die beiden Landesteile unterschiedlich. In Westdeutschland blieb der Gini-Koeffizient auf einem relativ hohen Niveau von ca. 48 Prozent, während die Ungleichheit im Osten ab Mitte der 2010er Jahre nochmals deutlich zurückging. Trotzdem liegt der Gini-Koeffizient im Osten weiterhin über dem Niveau im Westen – mit zuletzt knapp unter 50 Prozent.

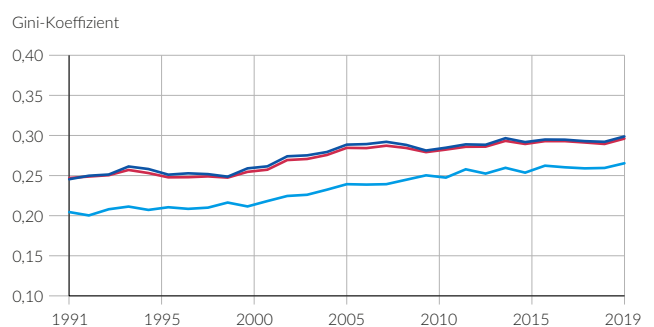
ABBILDUNG 11 Entwicklung der Einkommensungleichheit in Ost- und Westdeutschland¹

— Gesamtdeutschland — Ostdeutschland (mit Berlin) — Westdeutschland

Haushaltseinkommen²



Haushaltsnettoeinkommen³



¹ Preisbereinigt mit dem Verbraucherpreisindex (2015 = 100). Haushaltseinkommen sind äquivalenzgewichtet gemäß der modifizierten OECD-Skala.

² Einkommen vor Steuern und Transferleistungen und ohne Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und Beamtenpensionen.

³ Einkommen nach Steuern und Transferleistungen und mit Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und Beamtenpensionen.

Quelle: Sachverständigenrat Wirtschaft (2023), S. 236.

| BertelsmannStiftung

- 1 Grundlage sind die Monatsberichte einschließlich Auftragseingangserhebung für Betriebe im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (EVAS-Nummer 42111).
- 2 Der sogenannte Gini-Koeffizient ist ein Standardmaß für die personelle Einkommensungleichheit. Er ist für den Wertebereich zwischen 0 und 1 definiert. Ein theoretischer Wert von 0 bedeutet, dass alle Einkommen in der Bevölkerung gleich verteilt sind. Der (ebenso theoretische) Wert von 1 hingegen drückt aus, dass alle Einkommen einer Volkswirtschaft auf eine einzige Person entfallen.
- 3 Haushaltseinkommen sind die nach der modifizierten OECD-Skala äquivalenzgewichteten Einkommen vor Steuer und Transferleistungen und ohne Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung und Beamtenpensionen.

Es ist ein wesentliches Ziel des Sozialstaates, die bestehende Ungleichheit der Markteinkommen durch Umverteilungsmechanismen zu verringern. Wie das gelingt, zeigt sich beim Gini-Koeffizienten für die Haushaltsnettoeinkommen (also dem Einkommen nach Steuern und Transferleistungen und mit Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung bzw. den Beamtenpensionen). Insgesamt ist die Ungleichheit bei den Nettoeinkommen deutlich geringer als bei den Markteinkommen. Besonders auffällig ist, dass der Osten nun eine gleichmäßigere Einkommensverteilung aufweist als der Westen. Aktuell liegt der Gini-Koeffizient im Westen bei knapp 30 Prozent und im Osten bei nur 26 Prozent (Abb. 11, rechtes Diagramm). Die Umverteilungsmechanismen des Steuer-, Abgaben- und Transfersystems wirken also wesentlich stärker im Osten als im Westen. Interessanterweise hat das Umverteilungssystem den enormen Anstieg der Ungleichheit bei den Markteinkommen in den 90er Jahren vollständig neutralisiert. Allerdings haben weitere Anstiege in der Zeit danach auch zu einer steigenden Ungleichheit bei den Nettoeinkommen geführt (Sachverständigenrat 2023).

Armutsgefährdung

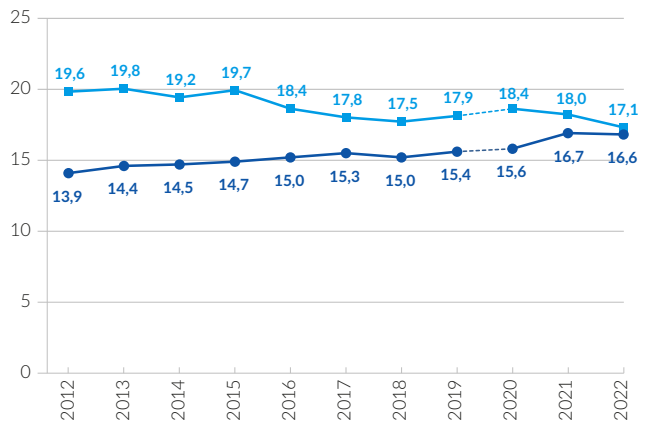
Einkommensungleichheit und Armut sind zwei verschiedene Dinge, entwickeln sich aber häufig in die gleiche Richtung. Von 2006 bis 2015 lag die Armutsgefährdungsquote im Osten relativ konstant bei etwa 19,5 Prozent (Abb. 12). Danach nahm sie bis zum Jahr 2022 auf 17,1 Prozent ab. Im Westen hingegen stieg die Armutsgefährdungsquote nach 2006 fast kontinuierlich an, mit einer kurzen Stagnation in den Jahren 2018 und 2022. Die aktuelle Quote im Westen beträgt 16,6 Prozent und liegt nur einen halben Prozentpunkt unter der Quote im Osten. Die Armutsgefährdung in Ost und West ist heute also fast gleich groß.

Vertikale und horizontale Mobilität

Das Risiko, aus der mittleren Einkommensgruppe herauszufallen und in die Armutsgefährdung abzurutschen, ist in Ostdeutschland höher als im Westen (12 Prozent gegenüber 9 Prozent). Zugleich sind die Chancen, in die mittlere Einkommensschicht aufzusteigen, im Osten deutlich geringer (26 Prozent gegenüber 38 Prozent). Sie sind in den letzten Jahren auch stärker gesunken als in Westdeutschland (Bertelsmann

ABBILDUNG 12 **Armutsgefährdungsquoten¹ 2012–2022**

in % der Bevölkerung — Ostdeutschland (mit Berlin) — Westdeutschland



¹ Anteil der Personen mit einem bedarfsgewichteten Pro-Kopf Haushaltseinkommen (Äquivalenzeinkommen) von weniger als 60 Prozent des Durchschnitts (Median) der Bevölkerung in Deutschland insgesamt. Äquivalenzskala: neue OECD-Skala

Anmerkung: Aufgrund verschiedener methodischer Änderungen ist die Vergleichbarkeit der Werte im Zeitverlauf eingeschränkt. Die Trendaussage ist jedoch belastbar.

Quelle: Institut für Arbeit und Qualifikation (2024).

| BertelsmannStiftung

Stiftung, 2021). Trotz der allgemeinen Annäherung von Ost und West bestehen also weiterhin große Disparitäten. Den Ostdeutschen gelingt es seltener, in die mittlere Einkommensklasse aufzusteigen. Gleichzeitig fällt es ihnen schwerer, dort zu bleiben. Ursächlich dafür sind die Einkommensdynamiken in der unteren Mittelschicht.

Auch abseits der reinen Einkommensbetrachtung lassen sich unterschiedliche Mobilitätsdynamiken sowohl zwischen als auch innerhalb von Schichten beobachten. Der gemeinsame Datenreport 2021 des Statistischen Bundesamts, des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) und des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BIB) unterscheidet vier Hierarchiestufen: obere Dienstklasse, untere Dienstklasse, eine heterogene Gruppe mit mittleren Klassenpositionen (qualifizierte Facharbeiter:innen, Landwirt:innen, in qualifizierten Büroberufen Tätige und Selbstständige mit weniger als 50 Beschäftigten) und schließlich die Klasse der ungelerten Arbeiter:innen und Angestellten. Zwischen 2010 und 2018 war die Mobilität zwischen und innerhalb dieser Hierarchiestufen in Ost und West ungefähr gleich ausgeprägt. Die horizontale Mobilität – also Veränderungen auf derselben Hierarchiestufe – betrug im Westen für Männer 12 Prozent, im Osten 10 Prozent. Die vertikale Mobilität zwischen den vier unterschiedlichen Stufen lag im Westen für Männer bei 55 Prozent, im Osten bei 52 Prozent. Es ist jedoch zu beachten, dass die vertikale Mobilität so-

wohl Auf- als auch Abstiege umfasst. Schaut man sich diese getrennt voneinander an, zeigen sich deutliche Unterschiede. Während sich bei den ostdeutschen Männern Aufstiege (27 Prozent) und Abstiege (25 Prozent) fast die Waage halten, verzeichnen westdeutsche Männer fast doppelt so viele Aufstiege (38 Prozent) wie Abstiege (18 Prozent). Die Aufstiegsdynamik bei Männern ist im Westen also deutlich ausgeprägter als im Osten.

Bei den Frauen zeigt sich im selben Zeitraum kein vergleichbares Muster. Die entsprechenden Werte aus Ost und West liegen nah beieinander. Dabei sind sowohl die vertikale Mobilität (61 Prozent in Ost und West) als auch die horizontale Mobilität (17 West, 16 Ost) ausgeprägter als bei den Männern. In beiden Teilen Deutschlands übersteigt die Aufwärtsmobilität der Frauen die Abwärtsmobilität (34 zu 27 Prozent im Westen, 33 zu 28 Prozent im Osten). Relativ betrachtet ist damit vor allem bei ostdeutschen Männern eine geringere Aufwärtsmobilität zu beobachten (Statistisches Bundesamt et al. 2021).

9. Subjektive Wahrnehmung der Arbeitsmarktsituation

Die Art und Weise, wie Menschen die Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland wahrnehmen, ist durch Dynamiken und Diskrepanzen geprägt. Diese resultieren aus historischen Entwicklungen und aktuellen wirtschaftlichen Gegebenheiten. Aspekte wie die subjektive Schichtzugehörigkeit, Entlohnung oder Arbeitsbedingungen spielen hier eine zentrale Rolle. Sie führen zu einer eigenständigen Wahrnehmung und in Folge auch zu verzerrten Erwartungen gegenüber dem Arbeitsmarkt. Die Menschen in Ostdeutschland sind z. B. in Sachen Beschäftigung wesentlich pessimistischer als die Menschen in Westdeutschland. Das betrifft sowohl die Angst, den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren, als auch die Zuversicht, danach wieder einen neuen Job zu finden. Grundsätzlich überschätzen Beschäftigte in ganz Deutschland das Risiko, ihren Job zu verlieren. Allerdings überschätzen Arbeitslose auch ihre Chance, innerhalb von zwei Jahren wieder eine Stelle zu finden.

Unterscheidet man zwischen Ost und West, zeigen sich jedoch deutliche Verzerrungen. Die individuellen Erwartungen liegen teils weit über der jeweiligen sta-

tistischen Wahrscheinlichkeit. Während Ostdeutsche z. B. überpessimistisch sind, was einen möglichen Arbeitsplatzverlust betrifft, sind Westdeutsche überoptimistisch hinsichtlich ihrer Beschäftigungsperspektiven (Balleer et al., 2023). Im Osten könnten die Wahrnehmungsverzerrungen auf langfristige Erfahrungen mit hoher Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Unsicherheit nach der Wiedervereinigung zurückzuführen sein. Solche Erwartungen können lang andauern und beeinflussen nicht nur die individuelle Lebensplanung. Häufig führen sie auch zur kollektiven Forderung nach wirtschaftspolitischen Maßnahmen und mehr Unterstützung.

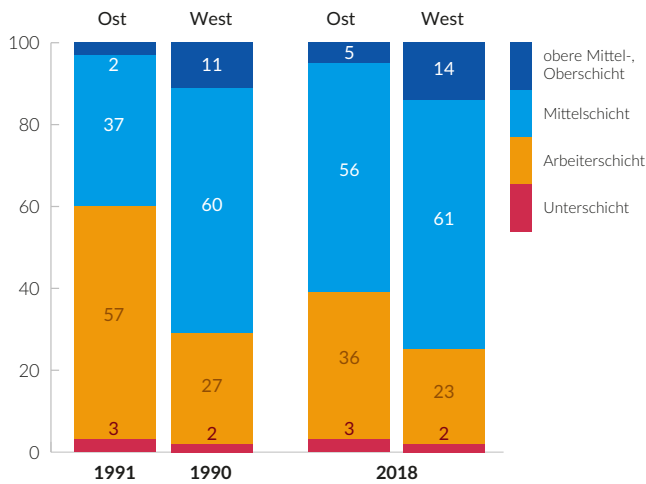
Schichtzugehörigkeit

Die individuelle Wahrnehmung des Arbeitsmarktes wird auch durch die subjektive Schichtzugehörigkeit und die Dynamik des Einkommens geprägt. Während die subjektive Zuordnung zu einer sozialen Schicht in Westdeutschland seit den frühen 90er Jahren relativ konstant geblieben ist (mit einer leichten Verschiebung in die oberen Schichten), gab es in Ostdeutschland deutlichere Veränderungen. Zu Beginn der 90er-Jahre fühlten sich 57 Prozent der Ostdeutschen der Arbeiterschicht zugehörig und 37 Prozent der Mittelschicht (Abb. 13). Diese Zahlen haben sich im Laufe der Jahre umgekehrt. 2018 zählten sich 36 Prozent der Ostdeutschen zur Arbeiterschicht und 56 Prozent zur Mittelschicht (ALLBUS, 2018). Die Daten lassen darauf schließen, dass sich die Lebensverhältnisse und wirtschaftlichen Chancen in den alten und neuen Bundesländern mit der Zeit angeglichen haben. Allerdings bestehen weiterhin strukturelle Unterschiede, wie sich zum einen an der subjektiven Zuordnung zur Mittelschicht zeigt (Differenz zwischen Ost und West: 5 Prozent) und zum anderen an der unterschiedlichen Einkommensentwicklung.

Wirtschaftliche Lage und Lebensstandard

Bestimmte Indikatoren des subjektiven individuellen ökonomischen Wohlergehens lassen sich auch für differenziertere Gruppen betrachten. Befragt man Menschen in Ost und West im Alter bis 60 Jahren, wie sie ihre persönliche wirtschaftliche Lage einschätzen, zeigt sich eine bemerkenswerte Übereinstimmung. Für sämtliche Gruppen der abhängig Beschäftigten – von

ABBILDUNG 13 Subjektive Schichtzugehörigkeit



Quelle: Statistisches Bundesamt et al. (2021), S. 276.

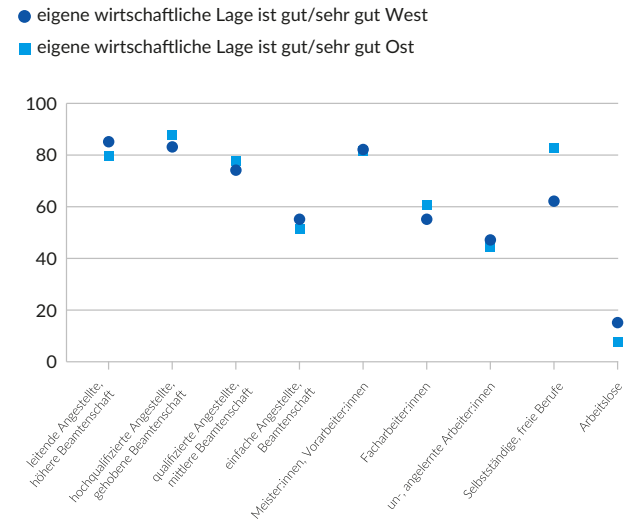
| BertelsmannStiftung

leitenden Angestellten bis hin zu Un- und Angelernten – gibt es keine nennenswerten Unterschiede in der Einschätzung. Das gilt auch für Arbeitslose. Einzig die Selbstständigen beurteilen ihre Lage in Ostdeutschland deutlich positiver als Selbstständige im Westen (Abb. 14).

Anders sieht es bei der Frage aus, ob man selbst einen gerechten Anteil am allgemeinen Lebensstandard hat. Hier liegt die Einschätzung der Ostdeutschen über fast alle Gruppen hinweg deutlich unterhalb der Wahrnehmung im Westen. Zu den Ausnahmen gehören wiederum die Selbstständigen sowie die beschäftigten Meister:innen und Vorarbeiter:innen. Besonders groß ist die Diskrepanz bei Arbeitslosen und Facharbeiter:innen. Von letzteren äußerten 55 Prozent der im Westen Befragten, dass sie einen gerechten oder sogar mehr als gerechten Anteil am allgemeinen Lebensstandard haben, während es im Osten nur 19 Prozent der Befragten waren (Abb. 15).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die subjektive Wahrnehmung der Arbeitsmarktsituation im Osten Deutschlands durch eine Kombination aus historischen Lasten, aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen und individuellen Erwartungshaltungen geprägt ist.

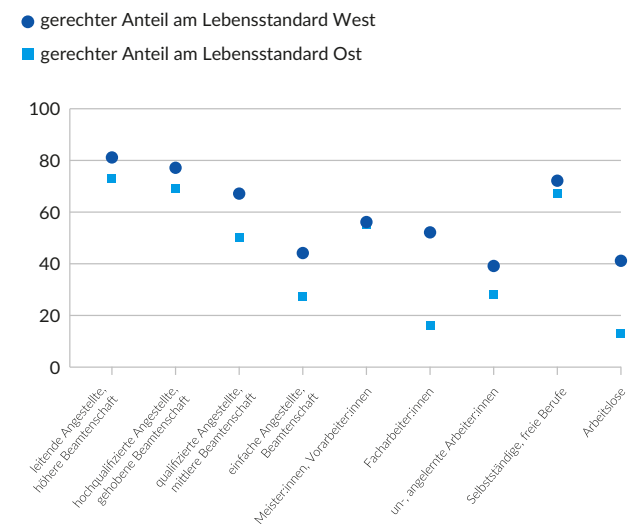
ABBILDUNG 14 Einschätzung der wirtschaftlichen Lage



Quelle: Statistisches Bundesamt et al. (2021), S. 274.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 15 Gerechter Anteil am Lebensstandard



Quelle: Statistisches Bundesamt et al. (2021), S. 275.

| BertelsmannStiftung

Fazit und Schlussfolgerungen

Spätestens nach Abklingen der globalen Finanzkrise 2008/2009 hat sich der gesamtdeutsche Arbeitsmarkt demografisch und wirtschaftlich äußerst positiv entwickelt – und das weitgehend unbeeindruckt von Krisen und Veränderungen. Bei vielen Arbeitsmarkt-Indikatoren haben die neuen Bundesländer gegenüber dem Westen substanziell aufgeholt. Bei einigen sind die Unterschiede kaum noch vorhanden. Insbesondere der Beschäftigungsstand ist mittlerweile nahezu ausgeglichen. Die Erwerbstätigenquote (für alle Personen im erwerbsfähigen Alter) liegt mit 77,3 Prozent in Westdeutschland nur 0,6 Prozentpunkte über der in Ostdeutschland mit 76,7 Prozent. Das ist die gleiche Differenz wie bei der Erwerbstätigenquote der Frauen. Allerdings hat hier der Osten die Nase vorn. Die tariflichen Wochenarbeitszeiten liegen schon länger dicht beieinander. Jedoch ist die tariflich vereinbarte Arbeitszeit für Beschäftigte in Ostdeutschland konstant um eine gute halbe Stunde höher als bei ihren westdeutschen Kolleg:innen.

Auch bei den gängigen Maßen für die Einkommensverteilung ist eine deutliche Annäherung zu beobachten. Die Markteinkommen der Haushalte sind im Osten minimal ungleicher verteilt als im Westen. Das kehrt sich um, wenn die Wirkungen des Steuer-, Abgaben- und Transfersystems berücksichtigt werden. Die Umverteilungsmechanismen wirken in den neuen Ländern stärker als in den alten. Dadurch sind die Haushaltsnettoeinkommen im Osten gleichmäßiger verteilt als im Westen. Ostdeutsche sind aber weiterhin etwas häufiger armutsgefährdet als Westdeutsche.

Obwohl der Osten aufgeholt hat, gibt es eine Reihe von Arbeitsmarktindikatoren, die sich von denen im Westen noch deutlich unterscheiden. So liegt die Arbeitslosenquote in den neuen Ländern mit 7,2 Prozent immerhin noch zwei Prozentpunkte über dem Westniveau von 5,3 Prozent. Für die Arbeitslosen stehen in Ostdeutschland auch deutlich weniger offene Stellen zur Verfügung als im Westen. Das mittlere Bruttomonatsentgelt erreicht in den neuen Ländern nur 84 Prozent des Westniveaus und beim Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor besteht eine erhebliche Diskrepanz von 26,7 zu 20,2 Prozent zuungunsten des Ostens. Der geringe Unterschied in der tariflichen Arbeitszeit wird mit Blick auf die tatsächlich geleisteten Arbeitszeiten nicht nur kompensiert, sondern deutlich

übertroffen. So werden im Verarbeitenden Gewerbe in den neuen Ländern gegenüber dem Westen pro Jahr ca. 90 Stunden mehr gearbeitet.

Besonders eklatant sind die Produktivitätsunterschiede zwischen Ost und West. Zwar hat auch hier der Osten aufgeholt, doch erreichte beispielsweise die Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2022 lediglich 76,3 Prozent des Westniveaus. Das hat Folgen, denn ein hohes Produktivitätsniveau ist Grundvoraussetzung für ein dynamisches Wirtschaftswachstum und eine weiterhin positive Arbeitsmarktentwicklung.

Merklich negativer ist auch die subjektive Wahrnehmung der Arbeitsmarktsituation im Osten im Vergleich zum Westen. Dazu tragen sicherlich die vielen Jahre der schlechten Arbeitsmarktentwicklung nach der Wiedervereinigung und weiterhin bestehende Rückstände gegenüber dem Westen bei. Aber auch unterschiedliche Aufstiegs- und Abstiegsperspektiven dürften eine Rolle spielen. Während es bei den Frauen zwischen Ost und West kaum Auffälligkeiten gibt, sind ostdeutsche Männer erheblich häufiger von beruflichen Abstiegen betroffen als ihre Geschlechtsgenossen im Westen. Zugleich steigen sie auch nur in geringerem Umfang auf als Westbeschäftigte. Das stützt den Befund, dass sich vor allem ostdeutsche Männer von der Wirtschaftsentwicklung abgehängt fühlen. Viele sind gut qualifiziert, verdienen aber weniger als im Westen und haben schlechtere berufliche Perspektiven sowie eine stärkere Abhängigkeit von Transferleistungen. Das Arbeitskräftepotenzial im Osten zu halten und auch zu nutzen, zählt zu den besonderen arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen in den neuen Bundesländern.

In einigen Bereichen des Arbeitsmarktes ist Ostdeutschland dem Westen auch voraus. Dazu gehört die Erwerbssituation von Frauen. Neben einer leicht höheren Erwerbstätigenquote üben Frauen im Osten deutlich häufiger anspruchsvollere Tätigkeiten auf Spezialistinnen- und Expertinnen-Niveau aus als im Westen. Auch der Gender Pay Gap ist im Osten geringer. Zu diesem „Erwerbsvorsprung“ dürfte das größere Angebot an Kinderbetreuung beitragen. Vor allem für unter 3-Jährige gibt es in den neuen Bundesländern deutlich mehr Angebote als in den alten.

Schließlich erweist sich auch die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten im Osten günstiger als im Westen. In den neuen Ländern liegt der Anteil der Beschäftigten mit anerkanntem Berufsabschluss mit 62 Prozent um drei Prozentpunkte höher als im Westen. Dagegen haben im Osten nur 9,4 Prozent der Beschäftigten keinen Berufsabschluss, während es im Westen 13,4 Prozent sind.

Neben allen Unterschieden finden sich in beiden Landesteilen vergleichbare Arbeitsmarktlagen, die wenig Anlass zur Freude geben. Neben einem immer noch großen Niedriglohnsektor gilt das vor allem für die hohe Langzeitarbeitslosigkeit. Im Rahmen der anhaltend positiven Arbeitsmarktentwicklung ist die Langzeitarbeitslosigkeit zwar spürbar zurückgegangen, doch findet auch 2023 mehr als jeder dritte Langzeitarbeitslose keine neue Beschäftigung. Das ist weitaus mehr als etwa in den skandinavischen Ländern, wo der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen lediglich zwischen 10 und 20 Prozent liegt.

Regionen für große Unternehmen attraktiver machen

Zur geringeren Produktivität im Osten tragen u. a. die regionalen Betriebsstrukturen mit ihren vielen kleinen Betrieben bei, auch wenn sich die Beschäftigtenstruktur nach Betriebsgrößen in den letzten Jahren im Osten deutlich derjenigen im Westen angeglichen hat. Mehr Großunternehmen machen die Wirtschaft nicht nur produktiver, sondern bieten auch besser bezahlte Arbeitsplätze in zukunftsträchtigen Berufen. Wenn sich Weltkonzerne wie Intel oder TSMC dafür entscheiden, Betriebe in Magdeburg oder Dresden anzusiedeln, wirkt sich das auch auf die Forschungslandschaft Ost, regionale Zulieferer und Dienstleistungen aus. Mit Blick auf solche „Ökosysteme“, die dauerhaft zahlreiche gut bezahlte Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, erscheinen auch staatliche Subventionen gerechtfertigt. Wichtig für die Betriebe ist eine gute Verkehrsinfrastruktur. Das beinhaltet auch den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Gerade Unternehmensansiedlungen auf der grünen Wiese erfordern eine Bus- oder Bahnanbindung, die auf die Pendlerströme ausgerichtet und entsprechend getaktet sind.

Ostdeutschland für Fachkräftemigration attraktiv machen

Der Osten wird durch den demografischen Wandel zukünftig ein immenses Defizit an Arbeits- und Fachkräften haben. Durch Zuzug und Einwanderung kann die demografische Lücke verkleinert werden. Hierfür muss Deutschland insgesamt und die ostdeutschen Bundesländer im Besonderen attraktiver für Einwanderer werden. Denn die Bedingungen sind durch Sprachbarrieren, bürokratische Hemmnisse, mangelnde Offenheit und Informationsangebote nicht günstig. Entscheidend ist auch, dass die ausländische Bevölkerung in Ostdeutschland gehalten und nicht mit der Zeit an Westdeutschland verloren wird. Hierfür bedarf es eines politisch-gesellschaftlichen Klimas, in dem sich Einwander:innen willkommen fühlen, was eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ist.

Vernetzung und Digitalisierung kleinerer Betriebe fördern

Eine Stärkung der Unternehmenslandschaft wirkt sich positiv auf Beschäftigung und Löhne aus. Ein derzeit hemmender Faktor ist dabei eine mangelnde – oder sogar fehlende – Digitalisierung. Um Betriebe in diesem Punkt zukunftsfähig zu machen, müssen vor allem Innovationen und digitale Technologien gefördert und verbreitet werden. Cluster und Netzwerke helfen den ostdeutschen Unternehmen, sich gegenseitig zu stärken. Besonders vielversprechend sind Cluster in Bereichen wie erneuerbare Energien, Biotechnologie und Maschinenbau. Durch die Vernetzung der Unternehmen mit Forschungseinrichtungen und öffentlichen Institutionen lassen sich Know-how und Ressourcen effizienter nutzen.

Mehr Bundeseinrichtungen ansiedeln

Zur wirtschaftlichen Entwicklung des Ostens kann auch der Bund einen gezielten Beitrag leisten, der über klassische Förderprogramme, Entwicklungsmaßnahmen und Investitionen hinausgeht – indem er Bundeseinrichtungen in strukturschwachen oder vom Strukturwandel betroffenen Regionen ansiedelt. Damit trägt er ebenfalls – neben den unmittelbar geschaffenen staatlichen Arbeitsplätzen – zu privatwirtschaftlichen

„Ökosystemen“ mit entsprechenden Beschäftigungsmöglichkeiten bei. Unter den bisherigen Einrichtungen finden sich u. a. das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) und die Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND GmbH). Neben Behörden und Forschungseinrichtungen wird auch die Bundeswehr neue Standorte im Osten beziehen. Dazu gehört z. B. die Aufstellung und Stationierung eines Logistikbataillons mit ca. 800 Dienstposten in der Oberlausitz.

Arbeitskräfte qualifizieren und weiterbilden

Ein zentraler Faktor für bessere Beschäftigungsstrukturen ist die Qualifizierung von Arbeitskräften. Programme zur beruflichen Weiterbildung über Teilqualifikationen sollten ausgebaut werden, um sowohl Arbeitslosen als auch Beschäftigten den Erwerb neuer Kompetenzen zu ermöglichen. Besonders in den Zukunftsbranchen IT, Technik und Pflege besteht ein hoher Qualifizierungsbedarf. Zudem dürfen Beschäftigte in Zeiten der digitalen Transformation den Anschluss an die moderne Arbeitswelt nicht verlieren. Das betrifft insbesondere Männer im mittleren Alter, die nicht für den Arbeitsmarkt passend qualifiziert sind. Spezifische Weiterbildungsprogramme können helfen, die Qualifikationslücke zu den jüngeren und besser ausgebildeteren Kolleg:innen zu schließen.

Gute Bildungsinfrastrukturen vor Ort schaffen

Wirtschaftlich starke Regionen brauchen Investitionen in Kitas, Schulen und Hochschulen. Eine gut ausgebaute Bildungsinfrastruktur fördert und hält nicht nur den qualifizierten Nachwuchs vor Ort, sondern ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass sich Fachkräfte und ihre Familien in einer Region ansiedeln. Mit Blick auf die Kitas steht die Betreuung von Kleinkindern im Vordergrund. Hier ist ein weiterer quantitativer und qualitativer Ausbau der institutionellen Betreuung dringend notwendig. Das gilt speziell für Kinder unter 3 Jahren und für Orte, an denen Unternehmen angesiedelt werden sollen. Zudem ist darauf zu achten, dass die umfangreichen Betreuungsmöglichkeiten im Osten erhalten bleiben. Dafür müssen mehr Fachkräfte für den erzieherischen Bereich ausgebildet wer-

den. Entsprechende Stellen müssen aber auch besser entlohnt werden, um sie attraktiver für Männer und Frauen zu machen.

Transformation mutig angehen

Die meisten der wirtschaftlichen Herausforderungen im Osten sind struktureller Natur. Entsprechend lassen sie sich auch nur auf struktureller Ebene durch Politik und Wirtschaft lösen. Der Osten hat dem Westen eine Transformation voraus. Zwar haben die Veränderungen Spuren hinterlassen, doch die Menschen in Ostdeutschland können stolz auf die gemachten Erfahrungen und Kompetenzen sein. Letztlich darf der wirtschaftlich-strukturelle Umbau nach der Wende durchaus als Erfolg verbucht werden, denn eine solche disruptive, in Teilen schmerzhaft umgestaltete Welt in der jüngeren Geschichte kein anderes Land auf der Welt bewerkstelligen müssen. Die nun anstehende Transformation in eine nachhaltige Zukunft betrifft Ost und West zugleich, eigentlich jedes Land, das nicht im Gestrüpp hängen bleiben möchte. Die Verluste durch die Veränderungen kommen auf jeden Fall. Es liegt an den Akteuren, die potenziellen Gewinne durch eine Transformation proaktiv zu realisieren. Der Osten kann von seinem Erfahrungsschatz profitieren, von gemachten Fehlern lernen und am Ende Vorreiter werden.

Zentrale Arbeitsmarktindikatoren im Vergleich

Indikator	Jahr	Ostdeutschland	Westdeutschland
Arbeitslosenquote in %	2023	7,2	5,3
Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen in %	2023	34,4	34,9
Anteil der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung an allen Arbeitslosen in %	2023	46,3	58,6
Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne Berufsabschluss in %	2023	9,4	13,4
Anzahl der Arbeitslosen pro 100 offene Stellen	2023	200	140
Arbeitslosenquote Ausländer:innen in %	2023	20,4	14,4
Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung in % (ohne Stadtstaaten)	2023	7,9	16
Anteil der Ausländer:innen mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis (ohne Stadtstaaten)	2023	37	58
Erwerbstätigenquote aller Personen im erwerbsfähigen Alter in %	2023	76,7	77,3
Erwerbstätigenquote der Frauen in %	2023	75,1	74,3
Teilzeitquote der Frauen in %	2021	33	48
Anteil der Frauen in komplexen Tätigkeiten in %	2019	47,0	37,3
Bruttomonatsentgelt in Euro (Median)	2022	3.157	3.752
Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor in %	2021	26,7	20,2
Anteil der Beschäftigten in Betrieben mit Tarifbindung	2023	45	52
Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde im verarbeitenden Gewerbe, Index, Wert für Westdeutschland=100	2022	76,3	100
Anteil der Beschäftigten in Großbetrieben in %	2021	28	32
Tarifliche Wochenarbeitszeit in Stunden	2022	39,1	38,5
Tatsächlich geleistete jährliche Arbeitszeit im Verarbeitenden Gewerbe in Stunden	2020	1.502,7	1.410,2
Armutsgefährdungsquote in %	2022	17,1	16,6

Literatur

ALLBUS. (2018). Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. <https://www.gesis.org/allbus/daten-und-dokumentation>

Bachmann, R., Bayer, C., Stüber H. und Wellschmied F. (2022): Monopsonie machen Unternehmen nicht nur klein, sondern auch unproduktiv: Warum die Wirtschaft Ostdeutschlands nicht konvergiert ist, in: ifo Dresden berichtet 2022(29)5, 9–12.

Bächmann, A.-C., Kleiner, C. und Schels, B. (2024). In Ost wie West arbeiten Frauen und Männer häufig in unterschiedlichen Berufen. IAB-Kurzbericht 2/2024.

Balleer, A., Duernecker, G., Forstner, S. und Goensch, J. (2023). Wie verzerrte Arbeitsmarkterwartungen die Lohnlücke zwischen Ost- und Westdeutschland beeinflussen. ifo Dresden berichtet, 30(3), 17–22

Bechmann, S., Dahms, V., Tschersich, N., Frei, M., Schwengler, B. und Möller, I. (2015). Wandel der Betriebslandschaft in West- und Ostdeutschland. Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2014. IAB-Forschungsbericht 9/2015. <https://doku.iab.de/forschungsbericht/2015/fb0915.pdf>.

Bertelsmann Stiftung. (2021). Bröckelt die Mittelschicht? Risiken und Chancen für mittlere Einkommensgruppen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/broeckelt-die-mittelschicht-all>

Bock-Famulla, K., Girndt, A., Berg, E., Vetter, T. und Kriechel, B. (2023). Fachkräfte-Radar für KiTa und Grundschule 2023. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Bundesagentur für Arbeit. (2024). Statistik der Bundesagentur für Arbeit. <https://statistik.arbeitsagentur.de/>

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (Hrsg.) (2022). Betriebspanel Ostdeutschland. Ergebnisse der 26. Befragungswelle 2021. Berlin.

Dauth, W., Findeisen, S., Moretti, E. und Südekum, J. (2022). Die Konzentration von leistungsfähigen Arbeitskräften in hoch bezahlenden Betrieben verstärkt regionale Lohnunterschiede. IAB-Forum 12.01.2022. <https://www.iab-forum.de/die-konzentration-von-leistungsfahigen-arbeitskraeften-in-hoch-bezahlenden-betrieben-verstaerkt-regionale-lohnunterschiede/>

Deutscher Bundestag. (2023a). Niedriglöhne in der Bundesrepublik Deutschland. Drucksache 20/8363. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/083/2008363.pdf>

Deutscher Bundestag. (2023b). Gute Arbeit mit Tarifvertrag – Tarifbindung in Deutschland. Drucksache 20/9691. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/096/2009691.pdf>

Deutscher Bundestag. (2023c). Entgeltunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland sowie bei Männern und Frauen. Drucksache 20/7769. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/081/2008151.pdf>

Förtsch, M, Frei, X. und Kremer, A. (2021). Deutscher Arbeitsmarkt ist lokal widerstandsfähig. Ifo Dresden berichtet. 2(2021), 30–33.

Hans Böckler Stiftung. (2022). Die innerdeutsche Lohnlücke. Böckler Impuls. 15/2022. https://www.boeckler.de/data/Impuls_2022_15_S1.pdf

Iglesias, S. G., Maaßen, L. (2023). Fachkräftelücke und Großinvestitionen: Der Osten braucht mehr Zuwanderung. IW-Kurzbericht Nr. 59.

Institut für Arbeit und Qualifikation. (2024). Sozialpolitik aktuell, Armutsgefährdungsquoten in Deutschland 2005–2022, Abbildung III.70, https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Einkommen-Armut/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIII70.pdf

Institut für Arbeit und Qualifikation. (2023b). Erwerbstätigen- und Erwerbsquoten nach Geschlecht in Ostdeutschland 1991–2022. Abbildung IV14. https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV14.pdf

Institut für Arbeit und Qualifikation. (2023c). Erwerbstätigen- und Erwerbsquote nach Geschlecht in Westdeutschland 1991–2022, Abbildung IV13. https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV13.pdf

Kalina, T. (2024). Niedriglohnbeschäftigung 2021, IAQ Report 2024 03. https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00081204/IAQ-Report_2024_03.pdf

Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung. (2023). Bundesländersteckbriefe. <https://www.kofa.de/daten-und-fakten/regionale-daten/bundeslaendersteckbriefe/>

Mau, S. (2024). Eine Phantomgrenze durchzieht das Land. Deutschland Archiv, 14.06.2024. www.bpb.de/549435.

Müller, S. und Neuschäffer, G. (2019). Ostdeutscher Produktivitätsrückstand und Betriebsgröße, Wirtschaft im Wandel 25 (03), S. 53–56.

Ragnitz, J. (2024). Der Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands: Eine unendliche Geschichte. Ifo Dresden berichtet, 2024, 31, Nr. 01, 3–9.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder. (2023). Erwerbstätige (am Arbeitsort) nach Ländern und Stellung im Beruf in Deutschland 2023. <https://www.statistikportal.de/sites/default/files/2024-03/Erwerb%C3%A4tige%20am%20Arbeitsort%20nach%20L%C3%A4ndern%20und%20StiB%202023.xlsx>

Sachverständigenrat Wirtschaft (2023). Wachstumsschwäche überwinden – in die Zukunft investieren, Jahresgutachten 2023/24, Wiesbaden Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin und Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.) (2021). Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn.

Statistisches Bundesamt. (2023a). Bevölkerung nach Migrationshintergrund. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/_publikationen-innen-migrationshintergrund.html

Statistisches Bundesamt. (2023b). Erwerbstätigkeit älterer Menschen. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aeltere-Menschen/erwerbstaetigkeit.html>

Statistisches Bundesamt. (2024a). Wanderungsbewegungen in Ost- und Westdeutschland. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aspekte/demografie-wanderungen.html>

Statistisches Bundesamt. (2024b). Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland zwischen 1990 und 2022: Angleichung oder Verfestigung der Unterschiede? <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aspekte/demografie-bevoelkerungsentwicklung-ost-west.html>

Statistisches Bundesamt. (2024c). Erwerbstätigkeit. [https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/_inhalt.html#:~:text=Im%20M%C3%A4rz%202024%20waren%20rund,Personen%20\(0%2C0%20%25\).](https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/_inhalt.html#:~:text=Im%20M%C3%A4rz%202024%20waren%20rund,Personen%20(0%2C0%20%25).)

Statistisches Bundesamt. (2024d) Bevölkerung nach Nationalität und Bundesländern. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/bevoelkerung-nicht-deutsch-laender.html>

Wellmer, Jessy (2024). Die neue Entfremdung. Köln.

WSI. (2023). Teilzeitquoten der abhängig Beschäftigten 1991–2021. WSI GenderDatenPortal: Zeit. <https://www.wsi.de/de/zeit-14621-teilzeitquoten-der-abhaengig-beschaeftigten-19912017-14748.htm>

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
bertelsmann-stiftung.de

Eric Thode
Senior Advisor
Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft
Telefon +49 5241 81-81581
eric.thode@bertelsmann-stiftung.de

Roman Wink
Senior Project Manager
Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft
Telefon +49 5241 81-81560
roman.wink@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de/beschaeftigung-im-wandel